

Bewerbung für die Bundestagskandidatur im Wahlkreis Lüchow-Dannenberg-Lüneburg

3. Januar 2021

Liebe Freundinnen und Freunde,

2020 kam anders als gedacht: wir erleben zum ersten Mal eine Pandemie, und die stellt unser Leben ziemlich auf den Kopf. Zwar haben Institutionen und Gesellschaft schnell auf die Erkenntnisse aus der Wissenschaft reagiert – und das ist gut so. Aber viele Menschen haben nicht verstanden, warum die schwarz-rote Bundesregierung Milliarden Euro bedingungslos für Konzerne locker macht, während für Familien erst nach langem Ringen und dann auch noch recht bescheiden ein Corona-Kindergeld ermöglicht wurde. Die Corona-Krise zeigt soziale Ungerechtigkeit wie unter einem Brennglas. Wir Grüne werden auch bei diesem Thema kein Stück nachlassen: Den Wohlstand unseres Landes so fair zu verteilen, dass alle ein gutes und selbstbestimmtes Leben führen können. Und wir fordern, dass auch Bildung und Kultur - nicht nur in der Krise, aber jetzt besonders - die Unterstützung bekommen, die sie brauchen.

Und währenddessen macht auch die Klimakrise keine Pause – im Gegenteil: unser Planet hat Fieber, die Menschheit hat ihn schon um mehr als ein Grad aufgeheizt und die dramatischen Konsequenzen der hohen Treibhausgasemissionen beobachten wir weltweit. Wir kennen die Diagnose und hätten sogar das Rezept dagegen: Aber im Bundestag gibt es derzeit keine Mehrheit für eine angemessen ambitionierte Klimaschutzpolitik.

Dasselbe beim Thema Artenvielfalt – der dritten dramatischen Krise unserer Zeit. Als Umweltwissenschaftlerin erschüttert es mich zutiefst und macht mich wütend, dass unsere natürlichen Lebensgrundlagen von der Bundesregierung nicht geschützt werden, und Menschenrechte weniger wert sein sollen als kurzfristige Profite für wenige. Und auch für mich als Demokratin, für die Generationengerechtigkeit und internationale Solidarität zentrale Werte sind, ist das Agieren der Bundesregierung zum Haare raufen – zum Beispiel beim Verschleppen eines transparenten und fairen Lieferkettengesetzes.

Zugleich haben wir in der Gesellschaft so viele Verbündete, die z.B. Energiewende, Verkehrswende und Agrarwende mitgehen und selbst umsetzen wollen, die aber ausgebremst werden von den Rahmenbedingungen, die die aktuelle Mehrheit im Bundestag setzt. Bestes Beispiel: Menschen, die in den letzten 20 Jahren Bürgerwindparks geplant haben oder gemeinsam Solaranlagen auf Schuldächer geschraubt haben – denen legt die Bundesregierung seit Jahren immer neue bürokratische Steine in den Weg und deckelt den Ausbau der Erneuerbaren.



Dr. Julia Verlinden

Jahrgang 1979, verheiratet

Dipl.-Umweltwissenschaftlerin,
Dr. phil (Universität Lüneburg)

seit 2013 Mitglied des Bundestags, dort im Ausschuss für Wirtschaft & Energie, sowie Sprecherin für Energiepolitik für die grüne Bundestagsfraktion

2006-2013 Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Umweltbundesamt, zuletzt Fachgebietsleiterin Energieeffizienz

2002-2011 Kommunalpolitik Lüneburg: erst Stadtrat, dann Kreistag Lüneburg

seit 1998 Mitglied bei Bündnis 90/Die Grünen

sonst: Wandern, Elberadweg, Krimis, joggen, Yoga

www.julia-verlinden.de

julia.verlinden@bundestag.de

Twitter: @julia_verlinden

Instagram: @j_verlinden

Facebook: jul.verlinden

Inzwischen arbeiten mehrere hunderttausend Menschen im Bereich der Energieeffizienz oder der Erneuerbaren Energien. Doch CDU/CSU und SPD verhindern wichtige Investitionen für die sozial-ökologische Transformation und sie vernichten wichtige Arbeitsplätze in diesen Zukunftsbranchen. Währenddessen gibt die GroKo den dreckigen Kohlekraftwerken eine Bestandsgarantie für viele Jahre und zahlt für einen späten Ausstieg sogar Milliarden Euro Entschädigungen, die das lange Festhalten an eine Technologie aus dem vorletzten Jahrhundert auch noch belohnt. Und anstatt nun volle Kraft auf die Energiewende, also Energieeffizienz und Erneuerbare zu setzen, gibt es von der Bundesregierung Subventionen für neue Erdgas-Infrastruktur – irgendwer hat das mit dem Ausstieg aus allen fossilen Energien leider immer noch nicht verstanden!

Das Atom-Risiko begleitet uns noch eine Million Jahre. Es ist richtig, dass Gorleben aufgrund geologischer Kriterien nun endgültig aus dem Endlager-Standort-Suchverfahren gefallen ist. Das ist dem langen Atem von Bürgerinitiative, Umweltgruppen, uns Grünen und vielen Menschen zu verdanken, die seit Jahrzehnten drauf hingewiesen haben, dass es wissenschaftliche Gründe gegen diesen Standort gibt. Deswegen werde ich mich weiterhin dafür einsetzen, dass Wissenschaft, Transparenz und Beteiligung die verantwortungsvollen Maßstäbe sind, denn die Suche nach einem Endlagerstandort mit der bestmöglichen Sicherheit ist eine Aufgabe, die uns alle auch weiterhin angeht.

Ein relevantes soziales Thema für uns Grüne ist die Frage nach bezahlbarem Wohnraum. Auch diese Herausforderung spüren wir direkt in unserer Region - und unsere politische Konkurrenz sieht vor allem neuen Flächenverbrauch als Antwort. Doch wir Grüne schauen genauer hin und schlagen zielgerichtete Instrumente vor: die neue Wohngemeinnützigkeit, das kommunale Vorkaufsrecht, die Einschränkung der Zweckentfremdung von Wohnraum, und natürlich starke kommunale Wohnungsgesellschaften ohne Gewinnmaximierung auf dem Rücken der Mieter*innen.

Liebe Freundinnen und Freunde, es ist unerträglich, dass Geflüchtete an den Außengrenzen Europas in Gefahr gebracht werden, dass zivile Seenotrettung in ihrer Arbeit blockiert wird, dass Familien seit Jahren bei untragbaren Zuständen auf griechischen Inseln ausharren müssen oder Geflüchtete in Bosnien ohne Wasser und Strom im Schnee allein gelassen werden – und dass, obwohl über 200 deutsche Kommunen dem CSU-Bundesinnenminister mehr als deutlich gemacht haben „Wir haben Platz!“

Nun bewerbe ich mich erneut bei Euch als Wahlkreiskandidatin. Danke für Euer positives Feedback dazu! Ich bin hier in der Region gut vernetzt, bekomme von den Menschen viel unterstützende Rückmeldung und hatte mit Euch zusammen bei den letzten Bundestagswahlen ein sehr gutes Ergebnis geholt.

Es war wichtig, dass ich Ansprechpartnerin und Verbündete aus dem Bundestag sein konnte für die Menschen in der Region, die sich eine progressive Politik wünschen. Sei es bei den Themen Anti-Atom, für eine bessere Bahn- und Fahrradinfrastruktur, gegen Fracking, für soziale Gerechtigkeit, eine humane Flüchtlingspolitik, Klimaschutz, beim Kampf gegen rechts oder für Frauenrechte, und diese Liste ist lange nicht komplett.

Mit Euch zusammen möchte ich in diesem Jahr für ein gutes Wahlergebnis kämpfen, damit im Bund endlich ein Politikwechsel möglich wird. Ob auf der Straße, an den Haustüren oder digital: Der Wahlkampf wird wegen Corona vermutlich besonders kreativ und flexibel sein (müssen). Wir sind eine Partei mit kleinem Budget, aber Ihr alle, unsere Mitglieder, habt dafür umso mehr Power und begeistert auch andere für grüne Politik.

Meldet Euch gern, wenn Ihr Fragen habt zu meiner Arbeit oder zum Wahlkampf.

Herzliche Grüße, Julia